



FOTOS: ARCHIV STUTZ

Auf dem rechten Auge blind

Geheime Liste des Schweizer Nachrichtendienstes zeigt Mängel im Kampf gegen Rechtsextremismus

VON DENIS VON BURG UND PASCAL TISCHHAUSER

BERN Immer deutlicher werden die Verbindungen der deutschen Neonazi-Szene zum Schweizer Rechtsextremismus. Jetzt lässt die streng geheime «Beobachtungsliste» des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) vermuten, dass der Schweizer Staatsschutz auf dem rechten Auge blind ist und die rechtsextremistische Szene nur unzureichend überwacht wird.

Die «Liste der zu beobachtenden Organisationen und Gruppierungen 2011», die der Sonntags-Zeitung vorliegt, definiert jene Organisationen, die auch geheim ausspioniert werden dürfen und müssen. Die Liste umfasst insgesamt 23 Organisationen, dem Rechtsextremismus wird kaum Platz eingeräumt. Die rechte Szene wird in gerade mal 19 Zeilen des über 20-seitigen Dokuments abgehandelt und undifferenziert unter «Skins» subsumiert.

Die Fokussierung auf die Skins «ist realitätsfremd und unzureichend», sagt der Rechtsextremismusexperte Hans Stutz und liefert eine Analyse der gewaltbereiten und rassistischen Rechten, die

weit über die Skins hinausgeht (*vergleiche Interview*). Die Staatsschützer dagegen bleiben in der Liste im Ungefähren und sprechen vage von «30 rechtsextremen Skinhead-Gruppen», die das «gesamte Spektrum des gewalttätigen Rechtsextremismus» abdecke.

Selbst Sicherheitsdirektoren zweifeln am Staatsschutz

Die Staatsschützer stellen in der «Beobachtungsliste» sogar selbst fest, dass sie Mühe hätten, die rechte Szene adäquat zu beobachten, da diese vermehrt «konspirativ» vorgehe. Nachrichtendienstchef Markus Seiler äusserte sich an der Konferenz der kantonalen

Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) ähnlich. Anwesende Regierungsräte, welche die Liste kennen, warfen danach die Frage auf, ob der Staatsschutz die extreme Rechte wirklich adäquat beobachten will und kann.

Offensichtlich ist: Die Liste widmet dem islamistischen Fundamentalismus, aber vor allem dem Linksextremismus wesentlich mehr Aufmerksamkeit: So wird die Rolle des revolutionären Aufbaus Zürich als zentraler Organisation der militanten Linken mitsamt seinen zahlreichen Umfeldorganisationen detailliert beschrieben. Sogar Gruppen wie die deutsche Rote Armee Fraktion,

die sich nach Einschätzung des Staatsschutzes schon längst aufgelöst haben, sind zur Beobachtung ausgeschrieben.

Der grüne Nationalrat und Nachrichtendienst-Spezialist Daniel Vischer ortet «offensichtliche Mängel des Nachrichtendienstes im Umgang mit dem Rechtsextremismus». Und Vischer «zweifelt am Willen und der Fähigkeit des NDB, die extreme Rechte wirkungsvoll zu überwachen».

Die Zweifel kommen aber längst nicht nur aus dem linken Lager. Der freisinnige Präsident der Antirassismuskommision, Georg Kreis, sagt: «Die Rechte wird offensichtlich defizitär beobachtet.» Sicher nehme man sie zu wenig ernst, um auch mit den Mitteln des Staatsschutzes gegen sie vorzugehen. «Dieser Zustand ist umso inakzeptabler, als in der Vergangenheit der Aufwand des Staatsschutzes immer mit der Gefahr des Rechtsextremismus gerechtfertigt wurde», kritisiert Kreis. Und Vischer fordert, dass die Geschäftsprüfungsdelegation, die im Parlament den NDB überwacht, dessen Arbeit hinterfragt. Dort wollte niemand Stellung nehmen.

Deutsche Grüne wollen Klarheit über Schweiz-Connection

WIESBADEN Die hessischen Grünen verlangen eine Untersuchung über die Schweizer Verbindungen der Neonazi-Killer vom Nationalsozialistischen Untergrund. Hintergrund sind Berichte, wonach die Tatwaffe der «Döner-Mörder» in der Schweiz erworben wurde und hessische Neonazis im Aargau Schiesstraining absolvierten. Jürgen Frömmrich von der Grünen-Fraktion im hessischen Landtag kritisiert, dass die Schweiz über kein zentrales Waffenregister verfügt: «Im Zusammenhang mit der Tatwaffe ist es nicht sehr hilfreich, wenn die Schweizer Behörden den Weg dieser Waffen nicht genau zurückverfolgen können.» Er plädiert dafür, «die Waffengesetze im Schengen-Raum anzugleichen».

«Liste vermittelt realitätswidrigen Eindruck»

Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz über die Fehler des Staatsschutzes und falsche Definitionen

BERN Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz ist skeptisch gegenüber jeglicher Art von nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Trotzdem ist für ihn klar: So, wie der Nachrichtendienst seine Arbeit definiert, ist eine wirksame Beobachtung der rechten Szene unmöglich.

Ist die «Beobachtungsliste» geeignet, die rechtsextreme Szene wirksam zu beobachten? Grundsätzlich wäre die Beobachtung der rechtsextremen Szene durch zivilgesellschaftliche Organisationen demokratiepolitisch besser. Auch könnten diese öffentlichkeitswirksamer und kostengünstiger arbeiten. **Vorerst macht es der Staatsschutz. Macht er es richtig?** Nein, die «Beobachtungsliste» ist dazu kaum brauchbar. Sie vermit-

telt den realitätswidrigen Eindruck, dass ausschliesslich Skinheads dem «gewalttätigen Rechtsextremismus» zuzurechnen seien. Weiter erwähnt sie die Existenz von 30 Skinhead-Gruppen, nennt aber nur drei Gruppen namentlich. Ein klarer Auftrag würde bedeuten, alle Gruppen zu nennen, die es zu beobachten gilt.

Diese seien nicht zu identifizieren, sagt der NDB. Das ist Unsinn, alle grösseren Organisationen und Gruppen bestehen seit Jahren, die Hammerkins feierten bereits ihren 20. Geburtstag, Blood and Honour wurde 1997/1998 gegründet. Morgenstern besteht seit 1993/1994, Helvetische Jugend seit 2004, der Waldstätterbund seit 2008 und Les Identitaires/Genf seit 2005. **Wer würde noch auf die Liste gehören?**



Experte Hans Stutz: «Überwachung bleibt folgenlos»

Wenn wir von der Staatsschutz-Begründung ausgehen, wonach nur «gewalttätiger Extremismus» überwacht werde, dann müssten wohl auch Organisationen wie Genève Non Conforme oder Les Identitaires aufgeführt sein. Video-Clips beweisen nämlich, dass die Identitaires bei den jährlichen Camps in Frankreich neben politischer Schulung auch Kampftraining betreiben.

Als Überwachungsgrund nennt die Liste auch «provokative rassistische Propaganda und

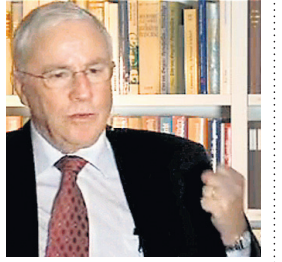
demokratiefeindliche Einstellung». Das ist wohl kaum auf die Skins beschränkt.

In der Tat nicht. Wir kennen eine ganze Reihe offen rassistischer und demokratiefeindlicher Rechtsextreme, die nicht zur Skinhead-Szene zählen. Die international tätige Europäische Aktion des Holocaust-Leugners Bernhard Schaub beispielsweise strebt ein nationalsozialistisches Europa an, ausschliesslich für Einwohner weisser Hautfarbe. Die Site des Holocaust-Leugners René-Louis Berclaz bietet seit Jahren Bücher an, die eindeutig unter die Rassismus-Strafnorm fallen. Generell bleibt die Staatsschutz-Überwachung rassistischer Propaganda folgenlos, da sie zu keinen Verfahren wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm führt.

INTERVIEW: DENIS VON BURG

POLITOHR

Alt-Bundesrat und «Neuparlamentarier» **Christoph Blocher** versucht in der aktuellen Ausgabe seiner Internet-Sendung «Tele Blocher» die Schwächen **Silvio Berlusconi** zu relativieren. Man kenne ihn ja nur von aussen. Da werde immer schlecht geschrieben über seine Frauengeschichten und seine Prozesse. Dabei hätten doch viele Regierungschefs Frauengeschichten gehabt. Wenn man sich aber die Biografie von **Mao Zedong** ansehe, «ist Berlusconi ein Dreck dagegen».



Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** betonte vorgestern an den Von-Wattenwyl-Gesprächen, er sei für einen Konjunkturabschwung gewappnet. Konkret wurde er aber nicht. Dabei betreibt Bundesrat Schneider-Ammann längst ganz



praktische Konjunkturförderung. Kürzlich liess er sein Departement eine chinesische Delegation zu Verhandlungen über den Freihandel nach Montreux einladen. Dort versorgten sich die 25 Chinesen zwischen den Meetings fleissig mit Schweizer Luxusuhren. 100 «Chronometer – Made in Switzerland» sollen sie sich gekauft haben. Was die hiesige Uhrenindustrie besonders freut: Die Verhandlungen mit China dauern wohl noch ein Jahr lang an.

Nach den unklaren Besitzverhältnissen bei der «Basler Zeitung» erregt das nächste grosse Medienthema die Gemüter am Rheinknie: Der Basler Regierungsrat **Hans-Peter Wessels** hat vor laufender Tele-Basel-Kamera die Zunge rausgestreckt. Jüngster Höhepunkt der Posse zwischen Politik und Journalen: Auf Facebook geisselt Regierungspräsident **Guy Morin** in einem Rundumschlag sämtliche Basler Medien wegen verschiedener «Verletzungen der Sorgfaltpflicht». Zur Zungen-Affäre meint er: «Ich mache vor jedem Foto oder Interview Grimassen, um meine Gesichtsmuskeln aufzulockern.»

Trotz seiner Abwahl bleibt der Alt-Nationalrat und nimmermüde SVP-Politiker **Ulrich Schlüer** am Ball: Am 16. Dezember wird er in seinem «Schweizerzeit-Magazin» auf dem Privatsender Schweiz 5 den Ausgang der Bundesratswahlen diskutieren. Studiogast ist der Ex-Skirennfahrer und gescheiterte SVP-Nationalratskandidat **Paul Accola**. Da den beiden am 14. Dezember kein Einlass in den Parlamentsaal gewährt wird, haben der Abgewählte und der Nichtgewählte doch immerhin einen Vorteil gemeinsam: die ungetrübte Sicht von aussen.

Wie der Rappenspalter der Nation, **Stefan Meierhans**, am Donnerstag getwittert hat, musste er statt von Bern von Zürich aus nach München fliegen. Von Bern nach Zürich gings mit dem Bus. Als er in Bayerns Hauptstadt hätte landen sollen, war er gerade mal in Baden. Wer nun denkt, der Preisüberwacher



habe wohl wieder am falschen Ende gespart und halt einen Billigflieger gebucht, irrt sich. Meierhans hatte sich Lufthansa geleistet. Das zeigt, was der Preisüberwacher eigentlich hätte wissen müssen: Teurer ist nicht immer besser.

ZITAT DER WOCHE

«Das hat zu tun mit meiner Frühgeburt»

Sepp Blatter

Der Fifa-Präsident in der gestrigen «Aargauer Zeitung» auf die Frage, weshalb er seinen Job auch noch mit 75 schaffe